

Die neue verkürzte Arbeitszeit ist pünktlich eingehalten. Für diese Arbeitsleistung werden wir Ihnen den an vom Hauptwerk gewährten Gutsch von 80 Mk. pro Monat vergütten.

Alters- und Invalidenwerk G. m. b. H. Altholt.

Man braucht dem eigentlich nichts hinzuzufügen. Allein vor mir sehe ich einen welshaarigen Mann. Größte Vergangenheit schaut aus seinen Augen. Er hat 50 Jahre lang der schwersten Arbeit bei dem Schäfer Verein hinter sich. 50 Jahre geschafft für ein und dieselben Kapitalisten. Vor dem Hochofen dort, wo das flüssige Eisen in die Sandrinnen zum Erkalten läuft. Dort hat er bei Wind und Wetter, bei Hitze und Kälte, Sonntags und alltags und auch jeden Feiertag geschwitzt. 18-20 Tage hat er sich das Mark um des Profites willen aus den Knochen saugen lassen. Man ist er alt und stief und hat nichts zum Leben. Dass er heute noch lebt, ist ein Wunder. So ist es ihm noch vergönnt, den Wohlfahrtsbrief des Dinko in Empfang zu nehmen und darüber folgende Befragung anzustellen:

Der Tariflohn beträgt 59 Pf. die Stunde. Siehe ich gemäß dem Rahmenarbeitsvertrag 15 Prozent ab, dann bleiben immer noch 50 Pf. die Stunde. 50 Pf. mal 4 ist 2 Mk. den Tag oder 58 Mk. im Monat. 80 Mk. aber wollen sie mir laut Brief bloß noch bezahlen. Wie kommen die Dinko-Wohlfäter dazu, mit und meinen alten Kameraden 28 Mark im Monat vorzuhalten? Etwas arg plump. Sonderbereicherung an den schon längst nach Strich und Faden ausgemergelten Arbeitern! So, das ist also die Dinko-Wohlfäter! Der selige Stumm war doch ein elender Stümper!

Auch bei dieser Gelegenheit sei der Ruf an den Vorstand gerichtet: Sorgt, dass die Altersversicherung in unserem Verbande bald eingeführt wird! Soll es den Veteranen des Verbandes auch so gehen wie meinem alten Werkkameraden? Gänsehaut verursacht der Gedanke, dass es mir, wenn ich 40 oder 45 Jahre für die Gesellschaft geschwitzt habe, auch so gehen sollte. Von der bürgerlichen Klasse haben wir nichts zu erwarten. Also schützen wir uns selbst. Das ist der beste und sicherste Schutz. Also, Vorstand, sei eingedenkt deiner Pflicht!

Achte Sitzung des Bundesausschusses.

Vor Eintritt in die Tagessitzung nahm der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, August Brey, das Wort, um im Namen des Bundesausschusses den Vorsitzenden des ADGB, Theodor Leipart, zu seinem 60. Geburtstage zu beglückwünschen. Nach Dankesworten von Leipart begann der Bundesausschuss seine Beratungen.

Der Bundesvorstand hat sich auch in den letzten Wochen bemüht, auf die Regelung der Arbeitszeit hinzuwirken, wie sie den Forderungen der Gewerkschaften und den Interessen der Arbeiterschaft entsprechen würde. In letzter Stunde hat der Bundesvorstand versucht, eine gemeinsame Eingabe aller gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen an den Reichstag zu richten. Da eine gemeinsame Eingabe sich nicht ermöglichen ließ, hat der Bundesvorstand gemeinsam mit dem ADGB und Gewerkschaftsring einen Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft gerichtet und sie zur Vermeidung von Überstunden erneut aufgerufen. Seitdem hat eine erfreuliche Tätigkeit eingesetzt, von den Verbänden wie von den Ortsausschüssen. Der Vorstand hat eine neue Erhebung über die tatsächlich geleistete Arbeitszeit eingeleitet, um durch Vergleich mit den früheren Erhebungen die Entwicklung feststellen zu können und Grundlagen für die weitere Entwicklung zu schaffen.

Der Bundesvorstand hat sich entschlossen, positive Forderungen auf dem Gebiet des Wohn- und Altertdienstes zu formulieren, Richtlinien für seine soziale Gestaltung aufzustellen. Die Arbeiten der Kommission sind noch nicht abgeschlossen.

Die Beschlüsse des Londoner Wanderingkongresses sind einer langjährigen Bearbeitung unterzogen worden, um Grundlagen für eine gesetzliche Regelung zu schaffen.

Für die in diesem Jahr stattfindenden Wahlen wird, wie auch früher geschehen ist, eine besondere Broschüre vom Bundesvorstand herausgegeben werden.

Die Gesellschaft für soziale Reform hat an den Bundesvorstand das Erfassen gerichtet, über etwaige gefunehrschädliche Wirkungen der Nationalisierung Material zu beschaffen. Der Bundesvorstand wird diesen Wunsch entsprechen.

Schanghai.

Eine Skizze. Von einem Gelegenheitskohlenzimmer.

"Look — see, master; look — see, master! All right? All right?" So tönt es in reinstem Pidgin-Englisch von allen Seiten entgegen, als wir, mein "Koffer" und ich, das Kasino unseres lieben, alten Kasinos hinunterkletterten, der uns als Trümmer von Hamburg über die Weite des Indischen Ozeans bis nach Schanghai gebracht hatte, um sich ein paar Tage zu erkennen, Ecken und Maschinen aus seinem Mund zu speien und den unersättlichen Beuch mit allerhand Chinawaren vollzupropfen zu lassen.

Komm sind wir unten und haben wieder festen Boden unter den Füßen, als wir von einem reichlichen Duftend wild schreinernder, tobender, fruchtbinder Kulis umringt werden, deren Gehirn sich bei näherem Zuhören als eine ebenso herzhafte, wie vergebliche Bewährung um die Reize der englischen Sprache anzumüllt. Wenn die Jungs versagt, müssen Arme, Beine, ja der ganze Körper mitmachen, um aus klutzigen, doch wir eine Kuscha liefern sollen. Es sind Kuskas. Sie bieten uns ihr Gefüll an, jenen eigenartlichen zweitaktigen Karren, dessen Lenker und Zugtier der Kuli ist.

"Wir sind — aus dem ersten besten an, bessiger einen Wagen und — heidi, so geht es in scharfem Tempo der inneren Stadt zu. In langen, federnden, fast springenden Schlägen läuft der Chines vor uns her, kommt langsamer als der Pott des Pompwagens. Saust nach hinten gelehnt, vergessen wir — die Kuscha des Ozeanreisen — in der leicht über den Asphalt wippenden Kuscha den Chinesen vor uns, der sich für uns anstrengt. Was freut eine zusätzliche Wand von Gedanken, die man leicht hin "Zivilisation" nennst.

Hafenviertel und Broadway-Golf liegen hinter uns. Auf einer breiten Brücke überqueren wir den Soochow-Fluss und befinden uns bald im Fremdenviertel, in der englischen Konzession. Fast möchte man vergessen, in China zu sein, und sich in Amerika glauben. Wettläufiger Verkehr, eine Unzahl von Trams und Autos an uns. Weit erfreut sich der "große" Hafen der "Bund", die Hafenstraße. Rechts

folgen Gläserne verdeckte den Bereich über die Durchfahrt des Arbeitsgerichtsgebäude. Es ist im großen und ganzen unbekannt, die Behörde ist aufzusuchen, da eine gebildete Kenntnis zu erwarten ist. Sie liegt in Bremen und Mannheim.

Die Gerichtsbüro ist hier jetzt mit der Beauftragung der Bevölkerung es ganz einfach möglich gewesen, die über unterschrittenen Spitzenorganisationen, wie Benennungskörper, teilzulegen. Der Bundesvorstand wird heute die Bevölkerung für das Reichsgericht benennen müssen.

Adalbert wies auf die vielen kleinen hin, daß die Reichsgerichte so schwer in das Denken und Wollen der Gewerkschaften einleiten. Im Arbeitsgerichtsgebäude ist erreicht worden, daß die Gewerkschaften die Prozeßrechte in der zweiten Instanz aus ihren eigenen Reihen stellen. Der Bundesvorstand ist der Ansicht, daß es falsch wäre, jetzt nachdem die Gewerkschaften ein klares Recht erlangt haben, Verträge mit Reichsgerichten abzuschließen. Die Gewerkschaften müssen selbst für die Durchführung des kollektiven Arbeitsrechtes eintreten. Der richtige Weg ist der Anbau der Arbeiterschaftsräte. Statt 3000 wie bisher werden künftig vielleicht 30.000 Streitfälle jährlich berufungsfähig sein. Die Rechtsanwaltskosten würden etwa 2250 000 Mark betragen; die Kosten können teilweise erpart werden, ohne daß grundsätzlich auf jede Herausforderung von Rechtsanwälten verzichtet wird.

Der Bundesvorstand wird für eine einheitliche Schaffung der Bevölkerung fragen müssen. Das ist heute leichter möglich als bisher. Der Bundesvorstand wird eingehend durchgearbeitete Vorschläge unterbreiten. Außerdem schlägt der Bundesvorstand die Herausgabe einer großen eigenen Zeitschrift für Arbeitersrecht und Arbeiterversicherung vor.

Der Bundesvorstand hat die Benennung von je 18 Bevölkerung für die Reichsgerichtsgerichte vorgeschlagen, 16 sind bewilligt worden, und zwar wird von uns vorgeschlagen: 11 für den ADGB, und ADGB-Bund, 8 für den Deutschen Gewerkschaftsbund, 2 für den Gewerkschaftsring zu benennen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund will 4 Bevölkerung. Die Arbeitgeber haben nun den Wunsch, daß doch 18 Bevölkerung benannt werden. Dann würde die Verteilung 12, 4 und 2 sein können.

Collegie Spädt entwickelt nunmehr im Auftrag des Bundesvorstandes Vorschläge für einen Ausbau der Berichterstattung über die Lohnbewegungen und über die Geschäftslage in einigen nach ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung ausgewählten Industriezweigen.

Dr. Meyer-Brodbeck, der Leiter der sozialhygienischen Abteilung des Bundesvorstandes, berichtete über die bevorstehende Tagung der Gesellschaft für Gewerbehygiene in Hamburg, auf der in kurzen Referaten Berichte über neuaugetroffene Gewerbekrankheiten einem weitgezogenen Interessentenkreise vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus zu Gehör gebracht werden können.

Der Bundesausschuss gab einmündig der Überzeugung Ausdruck, daß das Dreisichtensystem für die Hüttenarbeiter in kürzester Frist wieder zur Einführung gelangen mögliche, und die Hüttenarbeiter dem Schutz des § 7 der Arbeitszeitverordnung unterstellt werden müssen, um unhalbaren Zuständen ein Ende zu machen. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates müsse daher seine Untersuchung abschließen durchzuführen und der Reichsgerichtsminister alsdann die entsprechende Verordnung erlassen.

Ferner nahm der Ausschuss eine Entschließung gegen die Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien an.

Im Auftrage des vom Bundesausschuss eingesetzten Kommission erhaftete Genossen Schlimme legte Bericht über Vorschläge zur Durchführung der Verwaltungsreform und für das gewerkschaftliche Unterstüzungszwecke und unterbreitete formulierte Richtlinien. Nachdem für die Vereinheitlichung des Beitrittsgeldes und der Beitragsleistung entsprechende Richtlinien früher bereits nach den Vorschlägen der Kommission vom Bundesausschuss verabschiedet worden waren, stimmt er den neuen Vorschlägen ebenfalls zu, die die Vereinheitlichung der satzungsgemäßen Wartezeiten (Zahl der geleisteten Wochenbeiträge) und möglichst einheitliche Kartenzettel für Kampfunterstützungen (Streik und Maßregelung) sowie für soziale Unterstützungen verabschieden sollen. Alle diesbezüglichen Formulierungen wurden als Richtlinien gegen wenige Stimmen angenommen. Diese werden nun ebenso wie die schon früher beschlossenen Richtlinien auf den kommenden Verbandszonenberatungen zur Beratung gestellt, um nach Möglichkeit in die Sitzungen der Verbände übernommen zu werden.

In der Sitzung am 20. Mai beschloß sich der Bundesausschuss mit der endgültigen Wahl der Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongress. Als Vertreter des Bundesvorstandes werden Leipart, Graumann, Gertrud Hanna am Kongress teilnehmen. Außer den bereits in der 7. Bundesauschusssitzung genannten Verbandsvertretern wird auch August Brey, der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, nach Paris gehen.

Zum letzten Punkt der Tagessitzung, dem Ausbau des gewerkschaftlichen Bildungswesens, sprach der Bildungssekretär des ADGB, Alexander Knoll, für eine Zusammenfassung und einheitliche Leitung der bisher von den Verbänden selbst aufgezogenen gewerkschaftlichen Elementarschulen ein, d. h. den Schulen und Kursen, die der Ausbildung von Betriebsräten und Funktionären für den Kleindienst dienen. Die Schule soll allen Ver-

bunden die für denken wollen, für die Bildungsschule der Bevölkerung haben. Es ist also zunächst eine kleine Schule, die die bestehenden Schulstruktur und Karriere des Lehrbetriebes erhält, die Schule der Fortbildung der höheren Schulstruktur erhält. Die Schule soll mit Internat verbunden sein und 120 Schüler Raum bieten. Die Schulen des Metallarbeiterverbandes und des Fabrikarbeiterverbandes bleiben als Sondereinrichtungen dieser Verbände bestehen.

Die kurze Debatte ergab die einmündige Zustimmung der Verbandsvertreter zu dem Plan der neuen Bundeschule. Der Bundesvorstand wird ermöglichen, die Errichtung der Schule nunmehr vorbereiten. Die geschäftlichen Einzelheiten bleiben künftiger Regelung vorbehalten.

222 Aus der Industrie 222

Chemische Industrie

Junkerschokoladen auf gelben Pfeilen

Aus der Fabrik Habelschwerdt geht ein folgender Bericht zu: Am Lohnlage vor Ostern waren die Arbeiter der Habelschwerdter Südzuckerfabrik Karl Gräbel nicht wenig erstaunt, als sie einen ziemlich dicken Lohnbeutel erhalten; sie glaubten, die Firma hätte ihnen, die sie seit Februar 1926 nur drei Tage in der Woche arbeiten, ein Ostergeschenk gemacht. Doch die Freude war nach Eindringen in den Lohnbeutel sehr schnell verflogen, als man darin nur ein Druckerzeugnis Habelschwerdter Sorte vorfand. Dieses Verfahren ist besonders verwerflich, weil sich kein Arbeitgeber gegen diese verächtliche Propaganda schützen kann, sondern seinen Lohnbeutel mit dem verdienten geringen Lohn eben doch annehmen muß. Diese Herrschaften, die solche Praktiken üben, wagen nicht den offenen, ehrlichen Kampf, sondern glauben in dieser hinterlistigen Weise die Arbeiter in ihren Urteilen wankend machen zu können. Sie brauchen sich nicht darüber im unklaren zu sein, in welcher Weise das Urteil der Arbeiter aussfällt, zumal, wenn man juristisch an die Zeiten vor dem Kriege. Die Arbeitgeber aber müssen diese Tätsache als Ansporn zu immer festerem Zusammenschluß in ihrer Organisation praktisch auswerten. Unständige Firmen, wie die Firma Karl Gräbel in Habelschwerdt, müssten sich ein verantwortliches Vorgehen verantwortungloser Mitarbeiter verboten.

Das oben angeführte Druckerzeugnis Habelschwerdter Sorte ist ein Vorsatzabzug "Der Holzmarkt" vom 20. März 1927, 1. Beilage. Ein Artikel! Wom Arbeitgeber-Verband? Sollte bestimmt die ganze Seite des Zeitungsbuches. In diesem Artikel wird eine Klage angeklagt gegen die Überorganisation in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen. Diese Überorganisation schaltet den Arbeitgeber von direkten Verbindungen mit den Arbeitern aus, so daß die Arbeitgeber dadurch wichtige Rechte preisgeben müssen und dauernd vom Willen der Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen abhängig werden.

Der Arbeitsschreiber kennt seine Leute im Arbeitgeberverband sehr gut. Die Schilderung dieser Personen soll aber nicht Zweck des Artikels sein; es soll vielmehr erreicht werden, daß die Gewerkschaften durch Mithören in den eigenen Reihen auseinanderfallen. Deshalb heißt es zum Schluss, daß dieses Ziel durch Verbreitung des Artikels in Arbeiterkreisen, etwa durch Anschlag oder Verteilung oder wichtiges Vorlese, und nicht zuletzt auch durch Wort und Schrift, wo zu wie den "Holzmarkt" gern zur Verfügung stellen, erreicht werden kann. Die Syndizie der Arbeitgeber müssen sich in diesem Artikel eine Kennzeichnung gefallen lassen, die wir für durchaus richtig halten. Das in dem Artikel bei jeder solchen Ausführung auch die Gewerkschaftsfunktionäre den Syndizie der Arbeitgeber gleichgestellt werden, nehmen wir dem Arbeitsschreiber nicht über, denn es gehört zu seiner Aufgabe, die Gewerkschaften zu verunglimpfen, andernfalls würde kein Arbeitgeber diese Zeitung lesen. Es heißt, daß die Syndizie mehr oder weniger für die Erhaltung ihrer Position interessiert sind und daher ohne Sachkenntnis nur zum Beweis ihrer Unentbehrlichkeit kämpfen werden. Organisation ist in diesen Fragen fast immer gleichbedeutend mit Scharnacherel, und die Syndizie sind Scharnacher von Beruf. Darum müssen die Arbeitgeberverbände verschlagen werden, auch wenn es den Syndizie nicht schmeckt, deren Weise am kräftigsten blüht, je mehr Stunk zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfunktionär gehuft wird. Wenn die Arbeitgeber alle austreten und dennoch die Arbeitgeberverbände einfach in sich aufliegen, so sind sie eben nicht mehr da. Da soll einmal jemand mit ihnen verhandeln wollen!

In sehr einfaches Rezept, das ergänzt wird durch die Bemerkung, daß bestimmt in jedem Betrieb unter den Arbeitern gutwillige Elemente sind, die ganz genau wissen, ob es ihrem Arbeitgeber gut oder schlecht geht und ob sein Geschäft durch eine Lohn erhöhung bedroht wird. Also ist die Bahn zu direkten Verhandlungen

fürmen sich in langer Reihe die stolzen und prahlenden Wolkenkräfte der englischen Banken und Schiffahrtsgesellschaften, Gebäude von einem Ausmaß, einem Prunk und Luxus, wie wir ihn in Deutschland höchstens in Hamburg kennen, oder aber auf den Bildern des hochkapitalistischen New York gesehen haben. Hier sind die Paläste derer, die tatsächlich Schanghai und sein Hinterland beherrschen und all den Stolz und die Brutalität einer Herrscherkaste in jeder Äußerung ihres Lebens, in jedem Blick zur Schau tragen. Nirgends vielleicht ist dieses scheinbare Überlegenheitsgefühl der weissen Rasse so stark konzentriert wie gerade im Fremdenviertel von Schanghai. Und es ist wohl unmöglich, sich dem suggestiven Zwang dieser Atmosphäre zu entziehen. Aber wie lange noch? Und es ist kein Zufall, wenn das Wort "Chinaman" einen so eigenartlichen Beigeschmack bekommen hat.

Wir verlassen die Hauptstraße und biegen mit unserer Rikscha in irgendeine Querstraße ein. Im Nu, in wenigen Sekunden, ist die englisch-amerikanische Hochburg den Blicken entchwunden. Enger werden die Gassen, schlechter das Pflaster. Von europäischer Banane ist nichts mehr zu sehen!

Die übertragenden schönen Gestalten der indischen Polizisten sind bald verschwunden! Das Gefühl der Straßenbahnen und Autos ist wie durch ein Zauber hinweggesegnet. Weit und breit zeigt sich kaum ein europäisches Gesicht, überall nur "Chinamen". Die Rikschaufzüge müssen sich mit ihren stereotypen "He-ha"-Ausrufern mühsam einen Weg bahnen. Nur als einen Typus, nur als Einheit empfinden wir den Chinesen, einer gleicht dem anderen wie zwei Eier der selben Henne! Es wäre unmöglich, Bekannte und Unbekannte zu scheiden, wenigstens für europäische Augen. Das gelbfahle, breitknochige Gesicht mit den Schläfenäugern ist wie eine alles gleichmachende Maske, die kein Eigenleben aufkommen zu lassen scheint. — Da brüllen Straßenhändler, dort preisen Verkäufer in schrillen

Tönen ihre Waren an, hier neben uns freudig wimmernd ein kleines Mütterchen, Kleid und Untergewand einflößend, ihre nackten Arme kloppe in die Luft, immer dieselben für uns ahnen läßt, daß wir hier auf dem Krater des Vulkans "Gegenwart" stehen.

Nichts ist hier, was an die kahlen zweitähnlichen Steinbauten des Europäerviertels erinnert. Kleine elstöckige Backstein- oder Holzhäuser mit einer Veranda, hinter sich Tiefstuben oder sonstige verschwiegene Räume verborgend. Hin und wieder gräßige geschminkte Schönheiten, mehr oder minder einladend, auf die Straße herab.

Sein charakteristisches Gepräge erhält das Straßenbild durch die vielen bunten Fahnen, die in unabsehbarer Reihe unseren Weg umsäumen. Eine fast betäubende Buntheit und schreiende Farbensymphonie flattert im Winde und überfällt unser Auge. Nirgends ein Ruhepunkt! Immer neue Schriftzeichen und Drachenfischen flitzen uns!

Es ist Abend! Eine verwirrende Fülle von Lampen und Laternen, die jeder Ladenbesitzer heranstängt, umstellt uns. Von allen Seiten Licht, rot, blau, grün, weiß, auch dadurch eine Atmosphäre von Wärme, Lebendigkeit und Bewegtheit erzeugend. Man vergift sieht bald und gerne die riesigen blendenden Bogenlampen Europas, die im Vergleich mit den chinesischen kalt und tot, allzu zweitähnlich erscheinen.

Es ist nicht bloß ein Kampf zwischen weißer und gelber Rasse, der jetzt ausgetragen wird. Abendländischer Individualismus, europäisches "Business", amerikanisches Tempo stehen gegen chinesische Familientreue, Gemeinschaftsinn, ostasiatische Passivität und Zeitlosigkeit. Bei diesem Kampfe wird nicht die Mehrheit der Maschinengewehre siegen, sondern das stärkere, ehrtere Lebensgefühl, das hier zwei Welten gegenüberstellt. Und gerade in Schanghai mußte dieser Kampf zum Ausbruch kommen, weil nirgends im Osten Europa und Asien in so unvermittelbarer Schroffheit und Gegensätzlichkeit aufeinanderprallen.

schönen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist. Vieler Weg mag vielleicht noch.

Diese einige Bemerkungen. Der grundlegende Unterschied zwischen einem berufsmäßig gut besetzten Arbeitgeberkonsens und einem durch das Vertrauen der Arbeiter um seinen Platz gestellten oder Arbeitserkreisen herumgedrehten Verbandsfunktionär braucht dem Arbeitnehmer mehr zum Bewusstsein zu kommen. Wenn er über breite Kenntnisse verfügt, kann er ja nicht als Scharmächer in Arbeitgeberkreisen auftreten. Dass der Verbandsfunktionär alle Leidens eines Sozialisten darzogehabt hat, bei im Scharmächerkreis einen Sinn, auf der Hochstufe ergangene Arbeitsbedingungen von den Betriebsordnungen und der Betriebsverantwor-tung nichts kennst hat, darf natürlich von Arbeitgeberseite nicht ausgeprochen werden. Dass dementsprechend die Entwicklung der Verbandsfunktionäre zum Ausgleich drängt, die der Unternehmensprinzipialität aber auf Grund ihrer Stellung auf offenen Kampf gegenüber ist, ist durch langjährige Erfahrungen verhandlungsschlüssig geworden.

Das direkte Verhandeln der Zündholzfabrikanten mit ihren Arbeitgebern, unter denen sich „gutwillige Clemente“ d. h. bekannte Geschäftige befinden, mögliche vielen Herren passiert nachdem die überwiegende Mehrzahl aller Zündholzarbeiter seit länger Zeit nur drei Tage in der Woche beschäftigt wird. Dass man einer solchen auszangierten Arbeiterschaft unter Bedrohung von Zwangsmassnahmen den Tariflohn noch hört und dazu sich „gutwilliger Clemente“ baden, ist das Ziel der Zündholzfabrikanten. Der Fabrikarbeiterverband wird aber die Interessen seiner Mitglieder auch gegen den Willen der Unternehmer wahrzunehmen versuchen.

G. Haupt.

15 Prozent Dividende im Linoleumkraut.

Die Deutschen Linoleum-Werke A.-G. in Berlin, die aus dem Zusammenschluss von sieben deutschen Linoleumfabriken im vorigen Jahre entstanden ist, hat ihren Geschäftsbericht für das erste Jahr herausgegeben. Das Aktienkapital dieser Gesellschaft beträgt 24 Millionen Mark. Bei etwas gestiegener Ausfuhr hat sich der Gesamtumsatz erhöht. Trotzdem konnte ein Reingewinn von 5,22 Millionen Reichsmark erzielt werden. Die Abschreibungen erforderen die Summe von 1,52 Millionen Mark. Aus dem verbleibenden Reingewinn wird eine Dividende von 15 Prozent gezahlt.

Die finanzielle Ergebnis wurde erreicht, trotzdem die Rationalisierung der Betriebe noch nicht durchgeführt ist. Man erhofft durch Einschränkung der Sorten, deren es bisher etwa 600 gab, und Verteilung der typisierten Muster auf die einzelnen Fabriken zu einer Verbesserung der Produktion und damit einer Erhöhung des Absatzes zu kommen. Da Linoleum zu den unentbehrlichen Gebrauchsgegenständen zu rechnen ist, wäre eine Verbesserung dringend nötig. Bei dem glänzenden Geschäftsaufschwung hätte dieselbe schon eintreten können, wenn das Kapital mehr auf Handeln nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen als auf Erhöhung des Profits bedacht wäre.

G. Haupt.

Papier-Industrie

Dr. Coerper zur Arbeitszeitfrage.

Dr. Fritz Coerper, der Syndicus der rheinischen Papierindustriellen, nimmt in der Nr. 8 "Der Arbeitgeber" Stellung zur Arbeitszeitfrage in der Papiererzeugungs-industrie. Er sagt in diesem Artikel nichts Neues, was der Papierarbeiterchaft nicht bereits bekannt wäre. Wenn wir uns trotzdem mit dem Artikel kurz befassen, so nur deshalb, um einige besonders starke Entwicklungen festzustellen oder einige Zugeständnisse festzunageln.

Zur Lohnfrage schreibt Dr. Coerper: "Das Realeinkommen des Papier- und Zellstoffarbeiters in den Betrieben, in denen die verkürzte Arbeitszeit durchgeführt ist, wo also die Arbeiterschaft dieselben Schichten versetzt wie vor dem Kriege, hat sich um 40 bis 50 Prozent und mehr gegenüber der Vorkriegszeit gehoben, wobei allerdings zu beachten ist, dass in der Regel in der Vorkriegszeit für die zwölfsständige Doppelschicht ein Schichtlohn bezahlt wurde, der sich auf eine zehnstündige Arbeitszeit verrechnen lässt, während heute für die zwölfständige Doppelschicht ein Aufschlag von 20 Prozent auf den zehnstündigen Schichtlohn, praktisch also 12 Stundenlohn bezahlt werden."

Wir gestatten uns zunächst zu bezweifeln, dass die Realwährung der Papierarbeiter in Rheinland-Westfalen und in Preußen — denn um diese Betriebe handelt es sich in erster Linie, da dort das Zweischichtensystem fast ohne Ausnahme in allen Betrieben eingeführt ist — um 40 bis 50 und mehr Prozent seit der Vorkriegszeit gestiegen sind. Unserer Auffassung nach haben gerade in diesen Bezirken die Papierarbeiter-Stundenlohn kaum eine höhere als die durch die unermäßige Verkürzung der Lebenshaltungskosten bedingte Kaufkraft erreicht. Wenn Dr. Coerper darauf hinweist, dass in der Vorkriegszeit in der Regel für die zwölfständige Arbeitszeit nur 10 Stunden bezahlt wurden, so gibt er damit zu, dass die Unternehmer ihre Arbeitersklaven vor dem Kriege täglich um zwei Stunden betrogen haben.

Bei dieser Gelegenheit gefüllen wir uns daran zu verweisen, dass der Lohnanteil in der Papiererzeugungs-industrie derartig gering ist, dass er mit der Arbeitszeitfrage überhaupt nicht in einen Lopf gezeichnet werden sollte. Wir wissen, dass in der Zeitungsdruk-papier-Industrie der Lohnanteil noch nicht einmal 5 Prozent beträgt. Selbst Unternehmervertreter geben zu, dass der durchschnittliche Lohnanteil für die gesamte deutsche Papiererzeugungs-industrie 16 Prozent nicht übersteigt. Im übrigen beweisen die amerikanischen Wirtschaftsverhältnisse — niedrige Arbeitszeit und hohe Löhne —, dass es sehr wohl möglich ist, mit den von der organisierten Arbeiterschaft immer wieder gestellten sozialen Forderungen die Rentabilität der Betriebe zu heben. Den Beweis erbringen uns die deutschen Industriellen selbst. Die im Auftrage des Arbeitgeberverbandes der papierverarbeitenden Industriellen nach Amerika entsandte Studienkommission schreibt in ihrem Bericht in Nr. 36 der "Papierzeitung" u. a. folgenden Sach-

Satz: "Die Mädchen verdienen in täglich im Stücklohn 25 Dollar, die Gehilfen etwa 45 Dollar, wobei die Kaufkraft etwa mit 1,70 Mk. anzurechnen ist." Diese Entlohnung entspricht, in deutsche Währung umgerechnet, einem Wochenverdienst für Papierarbeiterinnen von 109 Mk. und von Papierarbeitern von 189 Mk. Nehmen wir also selbst die Kaufkraft des Dollars nach Auffassung der Unternehmer-

Kommission nur zu 1,70 Mk. an — eine Bewertung, die uns viel zu niedrig erscheint —, so würde der Wochenverdienst bei 48 stündiger Arbeitszeit für eine Papierarbeiterin immer noch 42,5 Mk. und für einen Papierarbeiter 76,50 Mk. Realkaufkraft deshalb.

Der "Industrieschuh", das Organ des Deutschen Industrie-Schuhverbandes, veröffentlicht in seiner Nr. 180 einen Vortrag, den Generaldirektor Eicken auf Grund seiner eigenen amerikanischen Erfahrungen in der Hauptversammlung des moralischen Arbeitgeberverbandes gehalten hat. Danach verdienen die Akkordarbeiter in Amerika ungefähr 7,50 bis 9 Dollar pro Tag. Diese Entlohnung entspricht, nach deutscher Währung umgerechnet, einem Verdienst von 31 bis 38 Mk. pro Tag oder 180 bis 222 Mk. pro Woche. Generaldirektor Eicken muss zugestehen, dass die Lebenslage der amerikanischen Arbeiter trotz verkürzter Arbeitszeit und höheren Löhnen eine wesentlich bessere als die der Deutschen ist, wenn er nach dem "Industrieschuh" wörtlich ausführt: "Der amerikanische Arbeiter verdient mehr als der deutsche; deshalb kann er sich auch mehr gestatten. Er verdient mehr, als er gebraucht. Der Arbeiter verdient 35—40 Dollar pro Woche." Dies entspricht in deutscher Währung einem Wochenverdienst von 147 bis 168 Mk. Dabei handelt es sich keinesfalls um die berühmte Bandarbeit, denn Generaldirektor Eicken erklärt wörtlich: "Ford zahlt also wesentlich mehr als alle anderen Betriebe, arbeitet billiger als andere Betriebe bei Akkordarbeit. Das kann er auch ruhig tun, denn die Fordwerke sind so eingerichtet, dass sie billig produzieren können. In Amerika ist aber nicht jede Fabrik eine Ford'sche Fabrik, nicht jede ist so eingerichtet, dass sie sich sezen lassen kann. Ich bin den amerikanischen Herren dafür dankbar, dass sie uns nicht nur Luxusbetriebe gezeigt haben, sondern auch Durchschnittsbetriebe."

Hier wird also von kompetenter Arbeitgeberseite rücksichtslos zugegeben, dass auch ohne die Ford'sche Bandarbeit die amerikanische Industrie bei höheren Löhnen ausgezeichnet erücksichtigt. Beachtet man weiter, dass die Produktion der deutschen Papiererzeugungs-industrie eine Art ununterbrochene Bandarbeit darstellt, so ist die Forderung von Dr. Coerper und seinen Freunden aus dem Arbeitgeberlager nach niedrigen Löhnen und übermäßig langer Arbeitszeit weder zu verstehen, noch volkswirtschaftlich zu rechtfertigen.

Man muss zugeben, dass Dr. Coerper auf die wirklichen Gründe der Arbeitgeber gewissenhaft eingeholt, wenn er in seinem Aufsatz weiterhin erklärt: "Voraussetzung für effektiv wirkendes Prämiensystem ist ein nich zu hoch liegender Stundenlohn, und tatsächlich hat sich in der Mehrzahl der Betriebe, die das System der 12ständigen Doppelschicht wieder eingeführt haben, ein zum Teil überaus wirksames System der Produktionsprämien entwickelt, das dem Verdienst der beteiligten Arbeiterschaft noch weit über die Entlohnung mit 12 Stundenlöhnen hinaus gesteigert hat. Dies wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht aus den oben dargelegten Gründen das System der 12ständigen Doppelschicht die Möglichkeit zu einer erhöhten Auswirkung aller sonstigen produktionssteigernden Faktoren geboten hätte."

Auch die wirklichen Gründe neben der Bandarbeit in der Papiererzeugungs-industrie sind für die Unternehmer die vollen Ausnutzung der Arbeitskraft der Arbeiterschaft mit Hilfe langer Arbeitszeit, niedriger Löhne und Produktionsprämien. Herr Dr. Coerper vergibt nur hinzuzufügen, dass bei der Einführung der 12ständigen Arbeitszeit im Dürener Papierindustriebezirk, und zwar in seinem eigenen Bureau selbst, von Arbeitgeberseite zugestanden wurde, dass neben der 12ständigen Arbeitszeit die Arbeiterschaft noch An- und Abmarschwege bis zu 3 Stunden und darüber täglich zu leisten habe, so dass in vielen Fällen der Papierarbeiter beim Zweischichtensystem seine Arbeitskraft dem Unternehmer täglich 15—16 Stunden (also zwei Achtschichtschichten) zur Verfügung zu stellen hat. Dr. Coerper vergibt weiter, darauf hinzuweisen, dass durch diese unerhörte Ausdeutung der Arbeitskraft die Gesundheit der Arbeiterschaft zerstört, das Familienleben beeinträchtigt und selbst der Sonntag den Arbeitern genommen wird. Trotzdem soll ja niemand wagen, an der christlich-religiösen Auffassung dieser Arbeitgeber zu zweifeln.

Ein weiteres Eingeständnis verdient gleichfalls festgehalten zu werden. Die Unternehmer schreien stets von einer Verfeinerung der Lohn- und Produktionskosten durch das Dreischichtensystem. Herr Dr. Coerper aber behauptet in seinem Artikel: "An den Stundenlöhnen wird darum heute bei der 12ständigen Doppelschicht gegenüber der achtsständigen Dreischichtschicht nichts gespart, da in beiden Fällen für den 24ständigen Arbeitstag insgesamt 24 Stundenlöhne zu zahlen sind."

Auf die sonstigen angeblichen Vorteile, wie sorgfältigere Auslesung der Arbeitskräfte, erleichterte Heranbildung und Erhaltung eines leistungsfähigen Arbeitersammes, reibungslose Fortführung des Arbeitsprozesses, Verantwortung für Säuberung des Arbeitsgangs usw. einzugehen, erfordert sich. Es sind dies reine technische Maßnahmen, die auch heute schon in 90 Prozent der Betriebe, die noch im Dreischichtensystem arbeiten, durchgeführt werden. Herr Dr. Coerper hätte sich deshalb diese alten Kalauer in seiner Begründung für das Zweischichtensystem ruhig ersparen können.

Wenn Dr. Coerper weiter behauptet: "Der Arbeitsgang in den durchlaufenden Betriebsabteilungen beansprucht nach seiner ganzen Eigenart den Arbeiter nur in einem verhältnismäßig so geringen Grade, dass wohl an wenigen Stellen in dem gesamten Arbeitsprozess der deutschen Industrie die Insuffizienz des achtsständigen Arbeitsplatzes so deutlich in Erscheinung treten dürfte wie hier," so ist dazu nur zu bemerken, dass auch diese Frage von Dr. Coerper rein vom juristisch-theoretischen Standpunkt aus betrachtet wird. Nach solcher Auffassung gilt geistige Tätigkeit nur bei den sogenannten gebildeten Ständen. Wir empfehlen Dr. Coerper dringend, einige Jahre als praktischer Papierarbeiter im Zweischichtensystem zu arbeiten, wenn möglich auch noch zu den in seinem Bezirk gezahlten Jammerlöhnen, und wir sind überzeugt, dass dann sowohl in der Arbeitszeit- als in der Lohnfrage seine Auffassung der der deutschen Papierarbeiterchaft recht nahe gerückt ist.

G. Stühler.

Produktionssteigerung, Arbeitszeit und Lebenshaltung.

In Nr. 19 "Der Papierfabrikant" befindet sich eine kurze Beschreibung der Paul Steinbock A.-G. in Sandow bei Frankfurt a. d. O., in der hervorgehoben wird, dass 1868 die tägliche Produktion 1500 Kilogramm betrug. Das heutige Produktionsergebnis ist nach dem Artikel folgendes:

"Die gegenwärtige Tageserzeugung an Papier beträgt durchschnittlich 32 000 Kilogramm; sie hat sich im Laufe von fünfzig Jahren etwa verdreifacht."

Trotzdem verlangen die deutschen Papierindustriellen auch heute noch die täglich 12ständige Arbeitszeit, genau wie vor 50 Jahren. Und das nennen die deutschen Papierindustriellen sozialen Fortschritt".

Dabei ist die Lebenshaltung der Unternehmer besser, die der Arbeiter aber immer schlechter geworden. Selbstverständlich ist diese Behauptung nach Auffassung der Unternehmer eine demagogische Falle. Wir geben deshalb einem Unternehmer das Wort. In Nr. 38 der "Papierzeitung" berichtet der in den Kreisen der Papierindustrie wohlbekannte Fachmann und Unternehmer Papierschnege über die Wirtschaftslage am Niederrhein. Papierschnege kommt dabei u. a. zu folgenden Schlussfolgerungen:

"Die Schrenzpapierfabriken mit der gemeinsamen Verkaufsstelle in Düsseldorf haben die Preise wieder erhöht. Ausgerechnet die billige aller Papierarten erhöht wieder. Steigerung! Heutzustand Schrenz kostet genauer das Doppelte wie in der Vorkriegszeit. Ist diese Steigerung berechtigt? Man beachte demgegenüber die erheblich gesunkenen Kaufkraft der breiten Schichten."

Natürlich, Preissteigerungen, vorstünftliche Arbeitszeit, schlechte Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer erhöhen den Profit der Unternehmer und sind die Kennzeichen für deren Notlage! Mögen die deutschen Papierarbeiter ruhig mit ihren Familien am Hungertische weiter nagen, wenn es nur ihren Unternehmern gut geht. So verlangt es die heutige christlich-kapitalistische Weltordnung!

G. Stühler.

Rheinische Tapetenfabrik A.-G. in Venel am Rhein.

Die Aktiengesellschaft erzielte im Jahre 1926 nach 8664 Mk. Abschreibungen einen Überschuss von 24 098 Mk. Da das Aktienkapital nur 300 000 Mk. beträgt, würde der Überschuss, der auf neue Rechnung vorgenommen wird, die Vergabe einer Dividende von 8 Prozent ermöglicht haben.

Nahrungsmittel-Industrie

Die fischwirtschaftliche Ausstellung in Kiel.

Vom 14. bis 22. Mai 1927 fand in Kiel eine fischwirtschaftliche Ausstellung statt. Schön der Name bezügt, dass wir es nicht mit einer Reklameausstellung für den Fischfang und Fischhandel zu tun haben, sondern dass hier neben der Fischerei und dem Fisch auch Fanggeräte aller Art sowie Maschinen und Apparate für die Fischerei, Fischfahrzeuge und für die fischverarbeitende Industrie ausgestellt waren. Es handelt sich also um eine Art Messe, die einen Einblick in die gesamte Fischwirtschaft ermöglichte.

Der Anlass zu dieser Ausstellung war durch das fünfjährige Bestehen des Zentralfischereiverbandes für Schleswig-Holstein gegeben. An der Ausstellung waren alle großen Fischereivereine, Fischhandelsvereine, private Fischereibesitzer und Pächter und staatliche Institute beteiligt. Daneben die Reichsbahn, Reichspost, Seewarte, Dienst und dergleichen, soweit sie mit dem Fischfang und dem Fischtransport sowie mit der Fischverarbeitung zusammenhingen. Eine Reihe Forschungsinstitute für Meereskunde, Museen u. a. vervollständigen das Bild.

Die eigentliche Fischausstellung befand sich in zwei großen Hallen. Hier fanden wir in einer Gruppe lebende Fische, Schaltiere und Krebse aller Gattungen und Arten der Nordsee. Aussteller war die staatliche Biologische Anstalt auf Helgoland. In einer anderen Gruppe waren Fischarten aller Gattungen der Ostsee ausgestellt. Insbesondere treten hier der Hering und die Sprotte hervor. Aussteller war der Centralfischereiverband für Schleswig-Holstein. In einer dritten Hauptgruppe wurden Fische aus Binnengewässern von privaten Fischereibesitzern, Teichpächtern, Fischzuchtern und Vereinigungen gezeigt.

Wenn auch in erster Linie die Ost- und Nordsee und ihre Küsten der Ausstellung das Gepräge geben, so finden wir bei den Inlandshäfen auch eine Reihe Ausstellungen aus dem übrigen deutschen Reich. Wer für Fischwirtschaft und Fischrecht Interesse hat, kann hier Stundenlang anregende Studien treiben. Es ist sehrverständlich, dass in allen Abteilungen nur erfahrbare Worte ausgetragen werden müssen, dass die Beobakter, in denen die Fische lebend gezeigt wurden, für manche Exemplare zu klein waren. So war z. B. ein Wels ausgestellt, der sich in seinem Behälter überhaupt nicht bewegen konnte. Auch für einige Hechte und Wande besonders großer Art waren die Behälter reichlich klein. Hoffentlich lernen die Aussteller aus dieser Ausstellung für die Zukunft.

In der großen Ausstellungshalle waren vorwiegend Gegenstände, die Studienzwecken dienen, sowie Maschinen und Apparate zur Weiterverarbeitung der Fische. Wir fanden hier die deutsche Seewarte, die durch zahlreiche Karten und Aufzeichnungen Aufschluss gibt über die verschiedenen Fahrtrouten der Nord- und Ostsee sowie über Bodenbeschaffenheit, Temperatur, Salzgehalt, Robbenküste u. a. Daneben finden wir Darstellungen über den Wetterdienst, Sturmwarnungsstellen und dergleichen und einige wissenschaftliche Meßapparate.

Die Reichspost gibt Darstellungen über Schiffsmeldedienst, Apparate zur Wellenaufnahme von Schiffsmeldungen, Seenotmelddienst und dergleichen. Die Reichsbahn hat einen Fischabfertigungsraum ausgestellt, der zum Fischtransport benutzt wird. Daneben gibt die Reichsbahndirektion Altona Auskünfte über Fischtransport und Verkehr. Wir greifen hier einige Zahlen der wichtigsten Fischsorten heraus.

Fischexport auf Grund des Absatzmarktes 3 und 4

Ort:	1925	1926
Altona	103 517 Tonnen	129 106 Tonnen
Bremenhaven	21 228 Tonnen	19 710 Tonnen
Kirchhafen	37 530 Tonnen	47 211 Tonnen
Enden	18 214 Tonnen	4 808 Tonnen
Eckernförde	7 903 Tonnen	7 307 Tonnen
Hamburg	10 047 Tonnen	12 702 Tonnen
Kiel	8 092 Tonnen	9 134 Tonnen
Rendsburg	15 947 Tonnen	18 152 Tonnen
Schleswig	25 577 Tonnen	25 059 Tonnen
Wesermünde	76 747 Tonnen	91 758 Tonnen

Beim Fischverkauf steht Altona in vorderster Reihe. Es folgen dann Wesermünde, Kirchhafen usw. Neben diesen Ausstellungen zum Teil wissenschaftlicher, zum Teil praktischer Art fanden wir Ausstellungen in der großen Halle einer Reihe anderer Dinge, die mit der Fischwirtschaft absolut nicht zusammenhängen, die aber auf jeder Ausstellung scheinbar unvermeidlich sind.

Schreitende Firmen haben maritime Heringe, Rollmöuse und lösige Fischmarinden ausgestellt, die einen appetitlichen Eindruck machen. Daneben finden wir Ausstellungen von Blechwarenfabriken aller Art zur Konserverung der Fische. Einen hervor-

ragenden Platz nehmen in der großen Halle die Maschinen und Apparate ein. Unter den Schiffsmaschinen herrscht hier der Dieselmotor vor, die von den Deutschen Werken, A.-G., und anderen Firmen ausgestellt sind. Des weiteren interessieren uns insbesondere die Fischverarbeitungsmaschinen.

Eine Räuchererei oder eine Maschinieranlage stellt man sich heute und zum größten Teile noch so vor, daß alles Handarbeit ist. Leider ist das auch in den meisten Betrieben in Deutschland noch der Fall. Die Ausstellung zeigt aber, daß in einem modernen Fischverarbeitungsbetrieb Handarbeit fast gar nicht mehr geleistet zu werden braucht. Für alle möglichen Verarbeitungen sind Maschinen ausgestellt. Eine Spezialfirma auf diesem Gebiet ist die Nordische Maschinenbauanstalt Lübeck.

Für die Großfischverarbeitung sind automatische Köpfmaschinen ausgestellt. Eine andere Maschine ist gleichzeitig Köpf- und Karbonatationsmechamchine. Daneben finden wir eine automatische Fischwaschmaschine, die den Fisch reinigt und entkippt. Des Weiteren eine Fischentgrätemaschine und eine Fischenthäutungsmachine. Die Fischenthäutung und das Säubern der Fische von den Eingeweiden soll es ermöglichen, den Fisch an großen Fischplätzen gleich zu Karbonade zu schneiden und ihn als sogenannten Zärtchen zu verschicken. Auch in Alpenländern sind diese Maschinen seitdem schon im Gebrauch. Die Enthäutungsmachine soll eventuell eine Verwertung der Fischhaut als Leder ermöglichen. Ob das praktisch möglich ist, muß abgewartet werden. Neben diesen Einzelmaschinen fanden wir eine gemeinsame Konstruktion in einer Maschine, die den Hering automatisch kippt, ausschneidet und entgräbt, so daß er nur noch zum Rollmops gewickelt zu werden braucht.

Zum Herstellen von Fischsaus sind wir eine Mayonnaise-Maschine, eine Milchzerteilungsmaschine und eine Roggenentzuckerungsmaschine. Damit nicht jede Soße mit der Zunge gekostet zu werden braucht, finden wir auch die "Junge des Martinimellers", also einen Apparat, der die Soßen auf Würze, Essig- und Salzgehalt untersucht. Ist der Fisch dann mit Maschinen aller Art bearbeitet, dann werden die Dosen gefüllt und durch Verschlußmaschinen automatisch geschlossen und mit Stempel- oder Signaturmaschinen gezeichnet.

Daneben finden wir von anderen Firmen Brat- und Kochvorrichtungen aller Art ausgestellt. Besonders erwähnt sei ein Wenderohrapparat der Firma Wilkes & Berghaus, Altona, der so konstruiert ist, daß der Fisch den Kochapparat durchwandert und gar aus ihm wieder herauskommt. Für Fischräucherereien sind Räucheröfen ausgestellt sowie Holzspalt- und Holzaufschämmefabriken, die die Räucheröfen herstellen. Es gibt also kaum eine Arbeit in der Fisch-Industrie, für die hier nicht schon Maschinen ausgestellt sind.

Die deutsche Fisch-Industrie klagt sehr über die ausländische Konkurrenz. Sehen wir die deutschen Fischverarbeitungsbetriebe an, so finden wir viele, die noch vorwiegend auf Handarbeit eingestellt sind. Die deutsche Maschinen-Industrie ist bei ihrer Konstruktion auf Fischverarbeitungsmaschinen am weitesten vorgeschritten. Die Fisch-Industrie möchte also in der Lage, die preiswerten Maschinen in Deutschland selbst kaufen zu können. Die deutsche Maschinen-Industrie, speziell die Firmen, die sich mit der Herstellung von Fischverarbeitungsmaschinen beschäftigen, klagt sehr über den geringen Absatz in Deutschland. Ihr Hauptabsatzgebiet liegt im Auslande.

So wurde uns versichert, daß England, Frankreich und die übrigen fischverarbeitenden Länder ihre Betriebe maschinell viel moderner eingerichtet haben als die deutsche Industrie. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß Deutschland mit dem Ausland nicht konkurrieren kann. Ansatz sich zu modernisieren, verfügt die deutsche Industrie durch momentan lange Arbeitszeit das zu schaffen, was das Ausland mit schnellarbeitenden Maschinen schafft. Die Fischverarbeitungsbetriebe sind in Deutschland zu einem erheblichen Teile kleinbetrieben. Sie machen geltend, daß ihnen das Kapital für die neuen Maschinen fehlt. Im Ausland ist man anders eingestellt. Dort wird das Geld für derartige Maschinen beschafft. Die deutsche Industrie wird es ebenfalls müssen, wenn sie konkurrenzfähig bleiben will. Das dürfte die Ausstellung jedem Fischfabrikanten gezeigt haben.

Für die Arbeiterschaft ist dadurch ebenfalls der Weg gezeigt, den sie zu gehen hat. Die Einführung von Maschinen wird eine Anzahl Arbeiterschaft freihalten. Und die heutige Arbeiterschaft, die oft 12 bis 16 Stunden täglich beschäftigt, auf ein erträgliches Maß reduziert, dann werden nicht allzuviel oder gar keine Kräfte freigesetzt werden. Der Arbeitsmarkt kommt früher oder später doch. Wir müssen nur dafür sorgen, daß er nicht auf unsere Kosten allein durchgeschoben wird. Die Fisch-Industrie wird durch den technischen Übergang leistungsfähiger, sie kann die Ware vorstellbarer verkaufen, der Umsatz wird steigen und die Beschäftigungsmöglichkeit ebenfalls.

Auso. Anpassung der Industrie an den technischen Fortschritt und Anpassung der Arbeitszeit an die technische Umstellung, dann kann Industrie und Arbeiterschaft den kommenden Dingen ruhig ins Auge sehen. Das ist die Schlussfolgerung, die wir aus der Ausstellung ziehen.

E. S.

Verschiedene Industrien

Heimarbeiterei in Deutschland

I.

Im Verlag Gustav Fischer in Jena ist unter dem Titel "Heimarbeiterei in Deutschland" von Professor Dr. Paul Arndt soeben das 10. Heft der Schriftenreihe "Heimatheit" erschienen.

Dem Verfasser scheint es bei seinen Untersuchungen weniger auf das Heimarbeiterei angedommen zu sein, als auf die Angaben und Veröffentlichungen der freien Gewerkschaften über das Heimarbeiterei anlässlich der Heimarbeiterausstellung 1925. Die Schrift dürfte deshalb nur als kritische Untersuchung des von den Gewerkschaften gelieferten Materials zu bewerten sein.

Die genannte Schrift reicht sich würdig den anderen zahlreichen Schriften des Professors Dr. Arndt an. Arndt ist eifriger Befürworter der Heimatheit. In ihr erblickt er das Ideal der Wohlfahrt. Dieser Umstand läßt es begreiflich erscheinen, daß in den Schriften des Herrn Professors über das Heimarbeiterausproblem Wohlfahrt und Tatkraft eng beisammen wohnen. Wohlfahrt bis zu einem gewissen Grade, wo er die Heimatheit als keinen Landwirt usw. als Nebenbeschäftigung sieht, Tatkraft bei seinen übrigen Betrachtungen.

Der Herr Professor Dr. Arndt dem Irrtum versiegt, nimmt nicht wider. Beträumt er doch das gesamte bis jetzt von den Gewerkschaften gelieferte Material mit argwöhnischen Blicken. Die Gewerkschaften werden von ihm der Subjektivität verfallen hingestellt, von denen man Objektivität weder erwartet noch verlangen könnte. Dem Herrn Professor scheint vor lauter Schwärmerei fast die Heimatheit als Wohlfahrt die Objektivität verloren geht, werkt er gar nicht.

Seine Kritik an dem von den Gewerkschaften zur Heimarbeiterausstellung 1925 eingebrachten Material scheint ihm nicht leicht gefallen zu sein. Die sichtbar werdende Unzufriedenheit, die keiner Arbeit in bezug auf diese Kritik umhüllt, ist Beweis dafür.

Im letzten Vorwort schreibt Professor Arndt beispielhaft:

Bon den Kampforganisationen der Arbeiter kann man natürlich keine wissenschaftliche Objektivität erwarten, aber verlangen. Der Heimarbeit gegenüber fühlen sich die Gewerkschaften vertrieben in der Regel als Unbildung; sie sind weit davon entfernt, unparteiische Freiheit sein zu wollen.

Einige solche weiteren scheint der Herr Professor über seine Behauptungen Gewissensbisse zu bekommen; denn nun sagt er:

In der Aufrichtigkeit ihres Strebens (Gemeint sind die Gewerkschaften, D. B.), die Dinge so darzustellen, wie sie sind, bzw. wie sie ihren erwidern, in zweifeln, liegt kein Grund vor, ihr Verantwortungsgefühl ist hoch entwickelt. Was die einzelnen Zahlenangaben, namentlich die Daten über die Entlohnung der Heimarbeiter, betrifft, so ist zwar bedauerlich, daß sie von den Gegeninteressenten, den Unternehmern, nicht überprüft werden sind. Ihre Veröffentlichung hätte bei partizipativer Feststellung ein viel größeres Gewicht gehabt. Es ist aber zu berücksichtigen, daß die Zahlen auf der Ausstellung 3 Wochen lang aller Welt zur Kenntnisnahme und Nachprüfung unterbreitet worden sind. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind sie von den Gegeninteressenten nicht beanstandet worden; namentlich gilt das von den Angaben über, besonders niedrige Löhne, die in der ganzen Presse besprochen und vielfach als "unglaublich" bezeichnet worden sind. Aus dem Schweigen der Unternehmer darf man wohl schließen, daß die Angaben im großen und ganzen den Tatsachen entsprechen.

Mit ähnlichen Widersprüchen ist die Schrift reichlich durchsetzt. Dadurch verliert sie das Gesicht der Objektivität und läßt sie als Nadelstichpolitik gegen die freien Gewerkschaften erscheinen.

Wenn es heute Wissen- und Nichtwissenschaftler gibt, die durch ihre Forschung versuchen, das Heimarbeiterei in Wohlfahrts- und Segensscheinigen umzudiskutieren, und den wirklich wissenschaftlichen Feststellungen über die Tatsachenerscheinungen die Objektivität abstreiten wollen, so muß diesen Forschern gesagt werden, daß ihre Arbeit an diesem Objekt unermittelbaren Schaden anrichtet. Ihre Kritiken wirken doppelt hemmend, weil das Prädikat "Akademiker" ihnen den Schein der Wissenschaftlichkeit erleichtert; sehr oft zu Unrecht.

Es gibt Gelehrte, denen es unbegreiflich ist, wie Schichten, die keine "akademische" Bildung genossen haben, sich annehmen können, Probleme zu erörtern oder gar zu lösen zu versuchen, eine Tätigkeit, die sie als akademische Wissenschaftler glauben im Erbpracht für alle Zeiten genommen zu haben. Aber es gibt auch solche, die Mitwissen aus nicht "akademisch" vorgebildeten Schichten ohne Hass und ohne Neid neben sich ertragen. Diese zuletzt genannten Gelehrten haben erkannt, daß es nicht nur soffismatische Theorie geben darf, um die Gesamt menschheit vorwärts zu bringen, sondern daß vor allem die Elemente im wissenschaftlichen Untersuchungsprozeß eine gleichwertige, wenn nicht die Hauptrolle spielen, die berufen sind, die zur Debatte stehenden Probleme für das praktische Leben zu lösen.

Herr Professor Dr. Arndt macht der durch die fakultätige und umsichtige Mitarbeit der Gewerkschaften zustande gekommenen Heimarbeiterausstellung 1925 den Vorwurf der Einseitigkeit, mit dem nicht mitzuverstehenden Hintergedanken, die studiobringende Arbeit, die jenerzeit geleistet wurde, in der Öffentlichkeit abzuschwärzen. Dem zusammengefügten Material der Gewerkschaften müsse man mit großer Vorsicht begegnen, um es zur wissenschaftlichen Forschung benutzen zu können, sagt er. Der Herr Professor ist anscheinend einer von denselben Gelehrten, die begreiflich machen wollen, daß wissenschaftliche Feststellungen von "Nichtakademikern" auf alle Fälle nicht als wahr anzusprechen seien.

Die bürgerliche Ideologie, die du nicht verstehen kannst, daß wissenschaftliche Gleichwerte sich mit wissenschaftlichen Gleichwerten messen können, auch dann, wenn sie nicht vom Akademiker kommen.

H. Eslein.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Das Blei als Reizgift.

Die Deutsche Gesellschaft für Rassenhygiene hat mit Unterstützung des Deutschen Hygiensemuseums Dresden in Berlin eine eigentliche (strassenhygienische) Ausstellung veranstaltet und führt dort auch reichlich wertvolles statistisches Material in Zahlen und Diagrammen vor, darunter auch die Wirkungen des Bleies als Reizgift im Mutterleibe. Hat der Organismus der Mutter Bleistoffe aufgenommen, so wirkt sich die mehr oder minder schwere Vergiftung bei der Sterilität der Kinder solcher Frauen sichtbar aus. Von 123 solchen Kindern starben im Mutterleibe 73, im ersten Lebensjahr 20, im zweiten Lebensjahr 8, im dritten Lebensjahr 7, später 1, am Leben geblieben sind also nur 14. Das sind geradezu erschütternde Zahlen.

Frauenfragen.

Weshalb wollen Frauen keine landwirtschaftliche Arbeit leisten?

Die ständige Klage der Landwirte ist der Mangel an weiblichen Arbeitskräften in der Landwirtschaft. Mit Northeim wird die Behauptung aufgestellt, die Frauen kämen deshalb nicht zur Arbeit, weil sie es nicht nötig hätten, da ihre Männer genug verdienten. Zur Widerlegung dieser falschen Behauptung steht H. Hille, Mitglied im Landwirtschaftlichen Tarifamt Sachsen-Anhalt, in der Zeitschrift "Arbeit und Betrieb" (für Fragen des Arbeitsmarktes) Angaben über den nicht zu überbietenden Zustand der Löhne in der Landwirtschaft, vornehmlich der Frauenarbeit, mit, wodurch die Tätigkeit der Arbeitsnachweise für die Vermittlung weiblicher Arbeitskräfte ansichtlichlos werde. Der Gesamtstundenlohn eines vollwertigen, über 18 Jahre alten Landarbeiters in der Provinz Sachsen-Inhalt beträgt in den einzelnen Bezirken 35 bis 40 Pf., der einer vollwertigen Arbeiterin über 18 Jahre 17 bis 19 Pf., also die Hälfte des Männerlohns. In Brandenburg ist der Stundenlohn für Männer 33,7 Pf., in Schlesien 34 Pf., für Frauen 15,6 bzw. 14 Pf. Hinzu kommt noch die schlechte Bezahlung, worüber allgemein geklagt wird. Man muß sich fragen, weshalb polnische Arbeiterinnen bevorzugt werden, wo für diese doch ein Mehrdeputat von etwa 4 Pf. pro Stunde berechnet wird, sowie 30 Mark für Beschaffungskosten (bei jährlich 1000 Stunden Arbeitszeit 3 Pf. pro Stunde) zu zahlen sind. Die Antwort darauf kann schwerlich anders

laufen, als daß die politischen Arbeiterväterinnen noch bessere Objekte sind als die deutschen.

Kunstschau.

Theorie und Praxis.

Überall sieht man jetzt die Plakate: "Trink deinen Wein!" Es werden Ausstellungen veranstaltet. Neben gehalten, Schriften verbreitet, die den Verbrauch von deutschem Wein fördern sollen. In dieser Propaganda beteiligen sich auch die Weinbündler sowie die Fabrikanten von Sekt und Likören. Die Praxis sieht aber anders aus! Im Jahre 1926 wurde nach Deutschland für über 80 Millionen Mark Wein eingeführt, dagegen nur für etwas über 9 Millionen Mark Wein ausgeführt. Der ausländische Wein wird zu einem Teil im Handel abgesetzt, ein anderer Teil aber wandert in die Sektkellereien und Likörfabriken, um dort in "deutsche" Erzeugnisse umgewandelt zu werden.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund des § 14 Gitter da und 5 die Mitglieder der Zahlstelle Calde: Heinrich Dreher, Buch Nr. 899 168; Alfred Zwirnermann, Buch Nr. S II 523 288; L. Gehrike, Buch Nr. S II 729 460.

Die Bezirkszahlstelle

Waldenburg und Umgegend

sucht infolge anderweitiger Verwendung des Kollegen Lantermann innerhalb unserer Organisation zum baldigen Amtsrück einen

Agitationsleiter.

Dieser muß mindestens 10 Jahre freigewerkschaftlich organisiert, rednerisch befähigt sein, Kenntnisse im Arbeits- und Tarifrecht besitzen und mit den Verhältnissen in der Porzellan-Industrie vertraut sein.

Dem Bewerbungsschreiben ist eine kurze Abhandlung über den Lebenslauf beizufügen, aus der die bisherige Befähigung in der Arbeiterbewegung hervorgeht, sowie ein kurz gehaltener Schriftsatz mit dem Thema: "Wie lebt ich eine Bezirkszahlstelle?"

Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen des Gehaltsregulations.

Die Bewerbungsschreiben sind bis längstens 15. Juni mit der Aufschrift "Bewerbung an W. Lantermann, Waldenburg in Schlesien, Auenstraße 20, einzureichen." 10 Ma.

Literarisches.

Erinnerungen und Erlebnisse von Angelika Balabanoff. 300 Seiten Großklotz. Mit dem Porträt der Verfasserin. Preis: kartoniert 6 Mk., in Leinen 7 Mk. C. Laubs Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W 80. Als Frau Dr. Angelika Balabanoff, gegen weidend den Nationalsozialismus und den Mussolini und sein System, im März 1927 in Berlin gegen den Faschismus sprach, wurde von dem Vorsitzenden der Versammlung im ebendiesigen Herrenhaus auf Intervention des Auswärtigen Amtes Diskussionsfreiheit zugelassen. Keiner von den in Berlin weilenden Gelehrten hat es gewagt, davon Gebrauch zu machen. Es muß also Frau Balabanoffs Meinung der Geschichte Mussolinis und des Faschismus gründlich sein, was daher führt, daß Mussolini von seinen Aussagen als Führerin in der Schweiz bis zu seinem Auscheiden aus der Redaktion des "Avanti" fast dauernd zur Seite gestanden hat. Angelika Balabanoffs Erinnerungen sind ein zeitgeschichtliches Dokument ersten Ranges, sie geben europäische Geschichte im Kreise der sozialistischen Bewegung, überaus anschaulich sind besonders die Abhängigkeiten während des Krieges, über die Entstehung der Zimmerwald-Kiental-Bewegung und über die ersten Jahre der bolschewistischen Revolution. Raum eine Persönlichkeit der sozialistischen Internationale, von Bebel und Liebknecht, Rosa Luxemburg und Georg Plechanow bis zu Lenin und Trotzki, fehlt in dem Reigen der Balabanoff'schen Erinnerungen. Sehr viel bisher Unbekanntes u. der Geschichte der Kriegszeit wie der ersten Jahre Sowjetrußlands kommt zum Vorschein. Alles in allem sind diese Erinnerungen ein Werk, das wichtigstes, aufschlußreiches Studienmaterial bietet.

C. J. Gumbel: Von Aufstand der Gegenwart. Umfang 112 S. Kart. 1,80 Mk. C. Laubs Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W 80. Die neuere Literatur über Aufstand ist meist partizipalistisch gefasst. Das Wichtigste in der Gestaltung des neuen Lebens in der Sowjet-Union wird dabei entweder vom Glanz der Lobpreisungen oder von der Schwere der Kritik verdeckt und kommt nicht zum Bewußtsein des Lesers. Gumbel ist ein scharfer Beobachter, der unbedingt das Bild umreißt, das sich ihm in halbjährigem Aufenthalt in Aufstand bot. Er war weder Arbeitgeberdelegierter noch Guest der Sowjetregierung, sondern zur Erfüllung eines russischen Auftrages am Marinestützpunkt in Moskau. So konnte er frei von inneren Bindungen beschreiben, was er sah. Das Resultat war der vorliegende Sachbericht, der dem Leser kein Urteil vorwegnimmt.

Grundrisse des privaten und öffentlichen Rechts sowie der Volkswirtschaftslehre. Ergänzungsband. 19a. Verlag C. G. Hirschfeld, Leipzig. Preis kart. 1,50 Mk. Der Band enthält in prägnanter Form zum Zwecke der schnellen Orientierung Arbeitsgerichtsgefege, Kündigungsrecht und Kündigungsbehörde im Arbeitsrecht und Arbeitszeitverordnung mit Arbeitszeitnotleid. Ein alphabetisches Sachregister ermöglicht die sofortige Findung des Geschöpfen. Jeder, der mit den Fragen der Arbeitszeit zu tun hat, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie die sie vertretenden Organe werden mit großem Erfolge diese Übersicht benutzen. Für die Studierenden ist sie unentbehrlich.

Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. Dezember 1926 nebst den Verordnungen über Tarifverträge und das Schlichtungswesen. Lefz ausgabe mit anführlichem Sachregister. Herausgegeben von Karl Pannier. 94 Seiten. Reclams Universal-Bibliothek Nr. 4603. Heft 40 Pf., Band 80 Pf. Bei der weitgehenden Ausweitung, die dieses Gesetz haben wird, ist es zu begrüßen, daß eine billige Lefz ausgabe mit Sachregister in Reclams Universal-Bibliothek erschienen ist. Im Anfang ist die Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 sowie die Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 in ihrer gegenwärtig noch geltenden Fassung beigelegt.

Wirtschafts-Informations-Dienst. Schriftleitung Kurt Heinig, Berlin. Monatlich 1 Heft. Vierteljahrsabonnement 2 Mk.

Gesetz Kanik Wirtschaft und Kultur. Im Verlage des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend Österreichs ist eine 32 Seiten starke Broschüre erschienen, die ein trefflicher Leitfaden für unsere Parteischulen und Jugendschulen zu werden verspricht. Die Schrift lebt sich zur Aufgabe, die Beziehungen zwischen der Wirtschaft und einigen anderen Kulturgebieten aufzuzeigen.

Wir empfehlen die Broschüre allen Genossen und Genossinnen und machen besonders Lehrer an Arbeitsschulen, Vorlesungen und Funktionäre unserer Bildungsorganisationen auf sie aufmerksam. Sie ist zum Preise von 30 Groschen im Verband der sozialistischen Arbeiterjugend, Wien V, Rechte Wienzeile 95, und in allen Arbeiterbuchhandlungen erhältlich.